

Religion im öffentlichen Raum – eine islamische Perspektive



Hamideh Mohagheghi¹

Im letzten Jahrhundert war eine Zeitlang die Rede davon, dass die Religion im europäischen Raum keine Bedeutung mehr hätte und gar aufhörte zu existieren. Während das 20. Jahrhundert, nicht zuletzt durch „Religionskritik“, in Verdacht stand, das Jahrhundert des Schwindens der Religion zu sein, ist an der Schwelle des 21. Jahrhunderts immer stärker die Rede von der „Wiederkehr der Religion“. Der Begriff „Wiederkehr“ erweckt den Eindruck, dass die Religion ganz verschwunden war und nun im Begriff ist, durch ihr Erwachen Menschen und Gesellschaften herauszufordern.

Der Säkularisierungsprozess hat zwar bewirkt, dass die Politik sich nicht mehr dem Diktat der Religion unterwirft, es ist aber eine Verkennung der Bedeutung der Religion, wenn man meint, dass die modernen Menschen und modernen Gesellschaften sich selbst genügen. Gesellschaft und Politik stehen nicht im luftleeren Raum, sie haben mit Menschen zu tun, und die Menschen sind Individuen mit persönlichen und gemeinschaftlichen Interessen und Überzeugungen. Diese sind entweder menschlicher Natur oder entstehen durch Lebensumstände: Jeder Mensch hat das Bedürfnis nach Sicherheit und Schutz und sucht nach Möglichkeiten, ohne ständige Angst leben zu können. Er hat das Bedürfnis nach einer gesicherten finanziellen Versorgung, die ihm ein menschenwürdiges Leben ermöglicht. Er hat gewöhnlich das Bedürfnis nach Gemeinschaft und Kommunikation mit anderen Menschen und Mitgeschöpfen. Er sucht nach Halt und Geborgenheit und erlangt Überzeugungen und Meinungen, die seine

¹ Hamideh Mohagheghi ist Mitbegründerin des islamischen Frauennetzwerkes Huda, ehemalige Vorsitzende der Muslimischen Akademie in Deutschland und Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Zentrum für Komparative Theologie und Kulturwissenschaften für die islamische Theologie an der Universität Paderborn.

Handlungen begründen. Der Mensch lebt ständig in wechselseitigen Beziehungen mit sich selbst, mit anderen Menschen, mit anderen Lebewesen und mit allem, was existiert. Für diese Beziehungen sind Prinzipien und Regeln notwendig, die teils durch Erkenntnisse und Erfahrungen entstehen und teils Werte und Prinzipien sind, die allen Menschen bekannt und vertraut sind und u. a. auch transzendenten Quellen entstammen. Für viele Menschen ist der Glaube unverzichtbarer sinnstiftender Halt im Leben, er gibt ihnen Kraft, Zuversicht und Sicherheit, um im Leben voranzukommen. Diese Bedeutung des Glaubens ist nicht verloren gegangen, auch wenn die soziologische Betrachtung von einem Glaubensverlust spricht. Gewiss gibt es Wandel und Wandlung in der Glaubenspraxis – unterschiedlich in den Religionen – und ihre Anpassung an die Lebensrealität der Menschen; die Prinzipien und Werte der Religionen bestehen in der Regel weiterhin, auch wenn man nicht explizit von religiösen Werten spricht. Sie sind in den Kulturen eingebunden und prägen Menschen, ihre Haltungen und Handlungen.

Die Beziehung der Religion zu Gesellschaft bzw. Staaten war im Laufe der Geschichte vielschichtig und multiambivalent. In Europa wurde infolge der Aufklärung ein Prozess in Gang gesetzt, der die Macht der Kirche allmählich einschränkte und durch die Säkularisierung schließlich die Bindung des Staates an die Religion löste. Die Säkularisierung war ein Prozess der Verhältnisbestimmung zwischen Kirche und Staat und führte dazu, dass der Staat nicht mehr die Religion als Sinnstifter und Begründungsinstanz für seine Werte sah. Dieser Prozess war u. a. auch die Folge von Machtmissbrauch der Kirche und religiösem Fanatismus, die verheerende Glaubenskriege in Europa verursachten. Die dadurch entstandene Trennung zwischen Kirche und Staat ist eine klare Verhältnisbestimmung, durch die die Kirche keine staatlichen Funktionen mehr übernimmt und selbstbestimmende Überzeugungen und Aufgabenbereiche hat, die sie selbst definiert, organisiert und auch öffentlich verkündet. Der Staat wiederum bekennt sich zu keiner Religion, gewährt aber die Religions- und Weltanschauungsfreiheit seiner Bürger und Bürgerinnen.

Bedeutet diese Trennung tatsächlich Bedeutungslosigkeit der Religion? Bedeutet die Privatisierung des Glaubens, die in diesem Zusammenhang erwähnt wird, dass die Religion nur eine private Angelegenheit der einzelnen Menschen ist, die für den Halt im Leben sich nicht auf die Vernunft verlassen können und übernatürliche Kräfte brauchen, um glücklich zu werden? Wie weit ist das Konzept der Trennung zwischen Kirche und Staat auf andere Gesellschaften übertragbar, für die die Religion nicht zwingend durch eine Institution vertreten wird? Hat die Trennung zwischen Kirche und Staat bewirkt, dass die Religion ganz vom öffentlichen Raum verdrängt

wurde und zu den gesellschaftlichen und politischen Diskussionen nichts mehr zu sagen hat?

In meinem Beitrag geht es darum, diese Fragen im Hinblick auf den Islam zu erörtern. Zuerst ist zu erwähnen, dass der Staat für seine Prinzipien und Werte auf Menschen angewiesen ist, die in diesem Staat leben. Diese Bedingtheit des Staates ist im viel zitierten Diktum des ehemaligen Bundesverfassungsrichters Böckenförde einleuchtend ersichtlich:

„Der freiheitliche, säkularisierte Staat lebt von Voraussetzungen, die er selbst nicht garantieren kann. Das ist das große Wagnis, das er, um der Freiheit willen, eingegangen ist. Als freiheitlicher Staat kann er einerseits nur bestehen, wenn sich die Freiheit, die er seinen Bürgern gewährt, von innen her, aus der moralischen Substanz des Einzelnen und der Homogenität der Gesellschaft, reguliert. Andererseits kann er diese inneren Regulierungskräfte nicht von sich aus, das heißt, mit den Mitteln des Rechtszwanges und autoritativen Gebots zu garantieren versuchen, ohne seine Freiheitlichkeit aufzugeben und – auf säkularisierter Ebene – in jenen Totalitätsanspruch zurückzufallen, aus dem er in den konfessionellen Bürgerkriegen herausgeführt hat.“²

Die Freiheit des Staates, keiner Religion angehören zu müssen, ist der Garant für die Gewährung der Freiheiten der Menschen, unter ihnen auch der Religions- und Weltanschauungsfreiheit. Zu diesem Grundrecht gehört auch die Ausübung der Religion in der Gemeinschaft und im öffentlichen Raum. Damit kann man meinen, dass jegliche Diskussion über die Präsenz der Religiosität im öffentlichen Raum sich erübrigt, weil dies ein Menschen- und Grundrecht ist, das nicht ausgehöhlt werden kann. Die Trennung von Kirche und Staat ist nicht der Ausdruck einer Abneigung oder Anfeindung, vielmehr ermöglicht sie beiden durch Selbstständigkeit und Selbstdefinition, die eigenen Prinzipien zu bestimmen und aus diesen heraus zu handeln.

Das Neutralitätsprinzip des Staates befähigt ihn, die große Vielfalt der religiösen Deutungen und Verständnisse aufzunehmen und ihnen den nötigen Freiraum zu gewähren, ohne dass er selbst die Religionen und Weltanschauungen definiert und ihre Grundprinzipien bestimmt. Das heißt, dass der Staat nicht nur die Präsenz der Religion und Weltanschauung aushalten muss, er ist durch die Verfassung auch verpflichtet, mit allen Mitteln den Menschen zu ermöglichen, nach ihren Überzeugungen leben zu können, und zwar stets im Rahmen der rechtsstaatlichen Ordnung. Die Menschen sind Bürgerinnen und Bürger, die ihren Platz in der Gesellschaft haben und

² Ernst-Wolfgang Böckenförde: Staat, Gesellschaft, Freiheit, Frankfurt a. M. 1976, 60.

somit auch ihre Überzeugung – nach ihrer Selbstdefinition –, die im öffentlichen Raum sichtbar bleiben kann und darf. Jeder Mensch ist mehr oder weniger politisch, weil er irgendwie die Gesellschaft mitgestaltet, und dieser Mensch ist geprägt von seiner Überzeugung, Religion und Weltanschauung, die er in sich und mit sich trägt und nicht ablegen kann, wenn er den öffentlichen Raum betritt.

Die Präsenz des Islam in der säkularen Welt – Wahrnehmung, Probleme und Chancen

Die Rede von der Wiederkehr der Religion in Europa ist maßgeblich mit den negativen Erscheinungsformen der Religion verbunden, die die Öffentlichkeit und Politik herausfordern. Allen voran steht der Islam zur Debatte. Er steht in Verdacht, nicht kompatibel mit der modernen Welt zu sein, dafür sind oft folgende Argumente zu hören:

- Der Islam bestimmt alle Lebensbereiche akribisch und lässt den Menschen keine Freiheit, selbst zu entscheiden. Er schränkt die persönlichen Freiheiten, die durch Menschenrechte die Grundlage der Demokratie und Rechtsstaatlichkeit bilden, ein.

- Er kann von seinem Wesen her einer Trennung von Staat und Kirche nicht zustimmen.

- Aufklärung ist dem Islam fremd, und diese ist nicht möglich, weil der Qur'an als Wort Gottes für alle Zeiten gültig und wörtlich zu verstehen ist.

- Die religiöse Praxis ist im öffentlichen Raum sichtbar und dies zeigt, dass die Muslime nicht fähig sind, sich der Moderne anzupassen, denn in der Moderne sind „Äußerlichkeiten“, die religiös begründet werden, nicht mit Vernunft zu vereinbaren.

- Die Muslime können sich nicht von Zwängen befreien, die der Islam ihnen auferlegt.

Dies kann in einer Wahrnehmung subsumiert werden, die beschreibt, dass die Muslime verpflichtet sind, sich Gott zu unterwerfen und ohne Wenn und Aber sich den Geboten zu beugen, die ihr alltägliches Leben bis ins Detail bestimmen. Diese und weitere Wahrnehmungen, Verdächtigungen und Vorurteile stehen im Raum, wenn die Präsenz des Islam in der westlichen Welt beobachtet und diskutiert wird. Er wird vorwiegend als ein Problem gesehen, mit dem die westliche Welt fertig werden muss, wenn sie ihren Prinzipien nicht untreu werden will. Diese Wahrnehmung ist zum einen in den historischen Begebenheiten eingebettet und zum anderen ist sie die Folge der aktuellen weltpolitischen Lage, die meistens da-

hin gedeutet wird, dass der Islam ein Risikofaktor für die Sicherheit der Welt darstellt. Dass der Islam eine Weltreligion ist und Werte vermittelt, die auch heute gültig und anwendbar sind und sich teilweise nicht sehr von den jüdisch-christlichen Werten unterscheiden, wird meistens ausgeblendet.

Es ist nicht verwunderlich, dass in den letzten Jahren sogar die Politiker nicht müde werden, stets an die christlich-jüdischen Wurzeln Europas zu erinnern. Damit ist eine Abgrenzung gegenüber dem Islam zu verzeichnen, die sich auch in der Debatte um die Zugehörigkeit des Islam zu Europa widerspiegelt. Ohne den Anspruch zu erheben, dass der Islam kontinuierlich die europäische Geschichte beeinflusst hat, ist doch eine Erinnerung an einen Teil der Geschichte Europas notwendig, um darauf hinzuweisen, dass die heutige Wahrnehmung des Islam ein einschneidendes Revidieren benötigt. Dies kann ein Wegbereiter für die Anerkennung des Islam als ein positiver Teil der Gesellschaft sein, der in der gesellschaftlichen und politischen Mitgestaltung einen wertvollen Beitrag leisten kann.

Das europäische Mittelalter kannte und schätzte die Wissenschaften, die größtenteils mit den Muslimen nach Europa gekommen waren, in hohem Maße. Obwohl die Eroberungskriege der Muslime und Kreuzzüge der Christen für die Spannungen in den Beziehungen sorgten, hinderten sie die Wissenschaftler und Denker nicht an einer konstruktiven Zusammenarbeit. Die naturwissenschaftlichen Errungenschaften Europas wären ohne muslimische Wissenschaftler des Mittelalters nicht vorstellbar, ebenso wäre eine Aufklärung ohne Rezeption der antiken Philosophie, die ohne Mitwirkung der Muslime die mittelalterliche Denk- und Wissenschaftsfeindlichkeit nicht überlebt hätte, nicht denkbar. Die Erinnerung an diese Zeit kann uns helfen, das positive Potential der Religionen zu erkennen, wertzuschätzen und sie als Grundlage gemeinsamer Arbeit einzubringen. Sie kann ein Exempel dafür sein, dass es möglich ist, nach eigener Tradition und Eigenart zu leben und zugleich offen für andere Lebensformen zu sein, sie in ihrem Anderssein anzuerkennen und zu respektieren.

Was kann der Beitrag des Islam sein?

Ein sehr komprimierter Überblick über die islamischen Prinzipien soll an dieser Stelle verdeutlichen, ob und wie der Islam für unsere heutige Gesellschaft einen Beitrag leisten kann. Der Mensch ist im islamischen Verständnis Statthalter auf der Erde, er hat den Auftrag, zu seinen Lebzeiten die Schöpfung zu verwalten. Alles, was er auf dieser Welt besitzt, ist eine Leihgabe Gottes und vergänglich. Er ist nicht der Eigentümer, sondern Be-

sitzer auf Zeit und hat die Pflicht, sorgfältig und bedacht mit diesem Besitz umzugehen. Die Schöpfung ist in „bester Form“ erschaffen und der Mensch ist angehalten, diese zu schützen und unversehrt den nachfolgenden Generationen zu hinterlassen. Aus diesem Verständnis heraus ist er verpflichtet, achtsam, gewissenhaft und sorgfältig mit den Ressourcen umzugehen. Diese Verpflichtung gehört zu den fundamentalen Aufgaben des Menschen und kann für alle aktuellen gesellschaftlichen und politischen Entscheidungen als bindend betrachtet werden. Der Einsatz für Entfaltung, Wachstum und Fortschritt – immer mit dem Blick auf das Gemeinwohl und die Verantwortung vor Gott und der Schöpfung – gilt als Dienst an Gott.

Gott bezeichnet im Qur'an die Welt als „Haus des Friedens“ (*darussalam*, Sure 10,25) und verspricht, denjenigen, die „Gutes tun“, ein segensreiches und heilsames Leben auf dieser Welt und im ewigen Leben zu gewähren. Als „Gute“ Handlung wird im Qur'an der Einsatz für Gerechtigkeit und Frieden genannt, und es wird an mehreren Stellen in unterschiedlichem Kontext erläutert, was damit gemeint ist: der Schutz des Lebens, Güte zu den Eltern, liebevoller Umgang und Fürsorge den Kindern gegenüber, Teilhabe an Leid und Schmerz der anderen, Einhaltung von Maß und Gleichgewicht in allen Bereichen sind einige der Maximen, die eine gute Tat bedeuten, die der Islam sehr hochschätzt (Sure 6,151–156; Sure 17,33–39). Diese Maximen des Islam sind Werte, die die Grundlagen einer Gesellschaft mitbestimmen können.

Die Wahrnehmung des Islam und damit verbundene Stolpersteine auf dem Weg zur aktiven Beteiligung der Muslime in der Gesellschaft

Viele Muslime sind – wie andere Menschen auch – politisch interessiert und sehen es als ihre Aufgabe an, in der Gesellschaft aktiv mitzuwirken. Die derzeitige Wahrnehmung des Islam lässt aber vielen Muslimen kaum Zeit und Raum, sich in den gesellschaftlichen und politischen Diskurs einzubringen. Das aktuelle Islambild, das ihn als Belastung und Problem sieht, verdrängt die Muslime nicht selten in die Rolle der Erklärer der Untaten anderer Menschen, die im Namen des Islam handeln oder deren Handlung dem Islam zugeschrieben wird.

Die Präsenz des Islam im öffentlichen Raum ist seit einigen Jahren mit Themen verbunden, die der Gesellschaft und Politik Probleme bereiten: das Kopftuch der muslimischen Frauen, Moscheebauten, Schächten, Einführung des islamischen Religionsunterrichts, Teilnahme der muslimischen Schülerinnen und Schüler am Sportunterricht und Klassenfahrten, Gebetsräume in den Schulen und Hochschulen, Beschneidungsdebatte und natür-

lich auch der religiöse Extremismus und die damit verbundenen Sicherheitsfragen. Die öffentlichen Debatten über diese Themen könnten als ein normaler Prozess betrachtet werden, wenn eine Gruppe von Menschen mit ihrer Lebensweise einen Prozess durchläuft, um in dieser Gesellschaft einheimisch zu werden, ginge damit nicht ständig die Angst vor einer „schleichenden Islamisierung Europas“ einher.

Für viele Muslime ist der Glaube auch mit ritualisierten Handlungen verbunden. Es ist evident, dass diese Überzeugung nicht das öffentliche Leben zum Erliegen bringen darf, dafür gibt es theologische Wege und Möglichkeiten. Wie wichtig auch die täglichen Gebete sind und die Möglichkeit bestehen sollte, sie auch in einem öffentlichen Raum zu verrichten, muss die Theologie die Möglichkeiten eruieren, eine Variierung der Gebetszeiten anzubieten, wenn z. B. der Arbeitsablauf durch die normalen festen Gebetszeiten erheblich beeinträchtigt wird. Für die gesellschaftliche und politische Debatte darf die Frage nicht von Belang sein, ob das regelmäßige Beten in unserer Zeit notwendig und zeitgemäß ist – dies ist die Frage, die die Person bzw. die Religionsgemeinschaft zu klären hat – sondern welche Möglichkeiten können für Menschen geschaffen werden, die diese Überzeugung haben und auch danach leben möchten. Mit der Säkularisierung die Privatisierung des Glaubens begründen zu wollen, um die Erscheinungsformen der Religion aus der Öffentlichkeit zu verbannen, ist ein Versuch, der immer wieder von verschiedenen Seiten unternommen wird. Ebenso ist die Argumentation, die Räume des neutralen Staates, z. B. die staatlichen Schulen, müssten frei sein von religiösen „Symbolen“ sowie Erscheinungsformen, die das Bekenntnis zu einer Religion ausdrücken, noch nicht ausdiskutiert. Diesbezüglich hat die Diskussion um das Kreuzifix in den Schulklassen und noch härter das Kopftuch der muslimischen Lehrerinnen hohe Wellen geschlagen und zu gerichtlichen Entscheidungen geführt, die unterschiedlich gedeutet werden können und uns weiterhin beschäftigen werden.

Europa ist mit Recht stolz auf die Trennung zwischen Staat und Kirche, allerdings erweist sich die Erwartung, dass dies ein Vorbild für den Islam sein soll, als Missverständnis und Missdeutung. Wo es keine Kirche und kirchenähnliche Institution gibt, kann es weder Vermischung noch Trennung geben. Die Deutung, dass der Islam eine politische Religion ist, trifft zu in dem Sinne, dass der Islam sich nicht als politisches System und Modell versteht, sondern als eine Weisung und Orientierung, die auch für gesellschaftliche und politische Entscheidungen Werte und Prinzipien anbietet. Im Laufe der islamischen Geschichte hat es in den verschiedenen Gebieten und Zeiten unterschiedliche Gesellschafts- und Regierungsformen gegeben, darunter auch zahlreiche säkulare Formen. Der Islam bietet

keine homogene Form für eine Regierung oder für die Führung eines Staates; er legt Prinzipien und Maximen fest, die in einer Gemeinschaft zu beachten und zu befolgen sind. Die qur'anischen Aussagen über die Gesellschaftsordnung gehen zuerst von einer Stammesgesellschaft aus, die in der Zeit und dem Raum der Offenbarung eine gelebte Realität war. Im Qur'an wird vorwiegend der Begriff *qaum* (Stamm) verwendet; damit ist eine „große Menge von Menschen gemeint, die innerhalb einer nach ungeschriebenen, stets aber gültigen und unverletzlichen Regeln strukturierten Gemeinschaft in gegenseitiger Abhängigkeit voneinander zusammenleben. Sie ist eine immanent verbundene Einheit“.³ Die Individualität spielte in dieser Gesellschaftsform keine Rolle. Weiter verwendet der Qur'an den Begriff *Umma* (Gemeinschaft), womit hauptsächlich die Gemeinschaft der Gläubigen einer Religionsgemeinschaft gemeint ist. Um Ordnung und Frieden in einer Gemeinschaft zu errichten und zu bewahren, wird der Begriff *hukm* verwendet; er bedeutet „auf Weisheit beruhetes Richten und Entscheiden mit göttlichen Anweisungen“. Die Vorschriften, Bestimmungen, Grundsätze und Regeln heißen *ahkam* und umfassen gottesdienstliche Handlungen sowie die Regelung der zivilgesellschaftlichen Angelegenheiten und der Beziehungen zu weiteren Gemeinschaften und der Weltgemeinschaft. Auch die Worte *Ha'kim* (der Herrscher und der Regierende) und *Hukumat* (die Regierung) kommen aus derselben Wurzel und verweisen darauf, dass die Führung eines Staates in der Lage sein muss, vernünftige und weise Entscheidungen zu treffen. Außerdem ist im Qur'an das Prinzip der Beratung in den Vordergrund gestellt, und sogar der Prophet Muhammad wurde dazu aufgefordert, sich in gesellschaftlichen Angelegenheiten mit anderen zu beraten (3,159). Die qur'anischen Aussagen bieten ein Fundament für eine gerechte und friedliche Gesellschaft; es ist die Aufgabe der Menschen, dieses Fundament zu ergründen und es entsprechend der Bedürfnisse der Menschen und Realitäten der jeweiligen Zeit auszuformen und lebensfähig zu machen.

Der Prophet Muhammad hat bekanntlich auch als weltliches Oberhaupt der Gemeinschaft gehandelt. Dies war nicht seine Hauptaufgabe; er war auserwählt, um die teilweise vergessene Beziehung der Menschen zu Gott wiederherzustellen und sie an ihre Verantwortung als Statthalter Gottes auf Erden zu erinnern. Seine Aufgabe bestand nicht darin, nur sakrale Riten und Frömmigkeit einzuführen, sondern eine Gesellschaftsordnung zu schaffen. Er kritisierte den herkömmlichen Aufbau der sozialen Verhältnisse innerhalb eines Stammes, die zu Ungerechtigkeiten führten. Die

³ *Abdul Djavad Falaturi*: Aufsatz „Beitrag zu Grundzügen der islamischen Geschichte“, www.islamische-akademie.de, Abruf Januar 2013.

Enge des Stammes sollte zugunsten einer gerechten größeren Gemeinschaft überwunden werden. Dies ist das Ziel zahlreicher qur'anischer Stellen, die sich vehement für den Schutz der Schwachen, hilflosen Stammesangehörigen, der Waisen, Sklaven, Frauen und anderer Bedürftiger einsetzen.

Der Begriff „Reich Gottes“ oder „Gottes Staat“ kommt in der islamischen Terminologie nicht vor. Muhammad hatte als Ziel, eine Gesellschaftsform aufzubauen, die auf Gerechtigkeit und Ethik basierte, er hat diesbezüglich nicht von einem Gottesstaat gesprochen. Der Begriff Gerechtigkeit wird im Qur'an „in Bezug auf die menschlichen Beziehungen verwendet und ist ein weltlich-menschlicher vernünftiger Begriff [...] und impliziert mehr als ein moralisches Handeln anderen gegenüber“.⁴ Der Mensch wird niemals dazu in der Lage sein, einen Staat in vollkommener Form auf dieser Welt zu errichten, schon gar nicht einen sogenannten „Gottesstaat“; auch die Staaten, die den Anspruch erheben, ein islamischer Staat zu sein, verstehen sich selbst nicht im Sinne des Begriffs „Gottesstaat“.

Die letzte Frage, ob die Trennung zwischen Kirche und Staat bewirkt hat, dass die Religion ganz vom öffentlichen Raum verdrängt wurde und in den gesellschaftlichen und politischen Diskussionen nichts mehr zu sagen hat, ist mit einem klaren Nein zu beantworten. Die einzelnen Kirchen vor Ort, die Deutsche Bischofskonferenz und die EKD – um einige Beispiele zu nennen – wirken mit Stellungnahmen, Handreichungen und auch persönlicher Präsenz beispielsweise in Ethik-, Rundfunk- und Fernsehräten aktiv mit, und dies ist zu begrüßen, denn die Religion ist nicht nur für das Seelenheil der einzelnen Menschen zuständig, sie hat auch die Aufgabe, die Gemeinschaft mitzugestalten.

Die komplexen Fragen in einer globalisierten Welt können nicht mit einfachen Erklärungen beantwortet werden. Wir müssen uns gemeinsam diesen Fragen ehrlich stellen, verschiedene Erkenntnisse vernetzen und in einem dynamischen Prozess ständig nach Antworten und Lösungen suchen. Hierfür müssen die Menschen Vertrauen zueinander und eine gemeinsame Basis haben. Ein Zusammenwachsen der Religionen ist notwendig, um miteinander für die gemeinsamen Werte einzutreten. Dafür können die Religionen wertvolle Werte und Prinzipien anbieten und darüber hinaus den einzelnen Menschen Halt und Kraft zum Handeln spen-

⁴ *Mohammad M. Shabestari: Der Islam und die Demokratie, Erfurt 2003, 22.*